

## Einladung von Präsident Kennedy

# Adenauer reist nach Washington

## Deutsch-amerikanische Gespräche über Berlin und andere Probleme

Bonn/Washington (ap/dpa). Präsident Kennedy hat Bundeskanzler Adenauer zu einem Gespräch über aktuelle politische Fragen für den 7. November nach Washington eingeladen. Adenauer wird voraussichtlich zwei bis drei Tage in den USA bleiben. Die Einladung ist von Botschafter Dowling überbracht worden. Außenminister Schröder flog am 13. Oktober zu einem fünftägigen Besuch nach Washington. Er traf ebenfalls mit Präsident Kennedy und außerdem mit Außenminister Rusk und Verteidigungsminister McNamara zusammen.

Ein Regierungssprecher in Bonn sagte, der plötzlichen Einladung Kennedys läge keine akute Krise zugrunde. Die Gespräche seien in die Besuchsserie einzureihen, die dem deutsch-amerikanischen Meinungsaustausch diene. Nach den Gesprächen mit Vizekanzler Erhard, den Bundesministern

Schröder, Scheel und Balke und dem Regierenden Bürgermeister Brandt bestehe auf amerikanischer Seite der dringende Wunsch, auch den Bundeskanzler zu sprechen.

Es gilt in Bonn als sicher, daß neben der Berlin-Krise das deutsche Problem, der Beitritt Großbritanniens zur EWG und

der militärische Beitrag der Bundesrepublik zur NATO-Verteidigung Hauptgesprächsthemen sein werden.

Das Auswärtige Amt erklärte, es sei angesichts der gegenwärtigen schwierigen Weltlage notwendig, eine enge Abstimmung zu erzielen. Die neue amerikanische Aktivität, so verlautete hierzu, sei augenfällig. Innerhalb von 24 Stunden

● erklärte Justizminister Kennedy, daß die USA auf die zu erwartende „neue schwere Krise“ um Berlin besser als je zuvor vorbereitet und gewillt seien, ihre Interessen mit allen

(Fortsetzung auf Seite 4)



Die Welt blickte nach Rom, wo Papst Johannes XXIII. das Vatikanische Konzil eröffnete. Ausführliche Berichte auf den Seiten 2 und 3.)

## Konzils-Ziel

K.W.B. Was die katholische Weltkirche bei der Eröffnung des Konzils im Petersdom zu Rom an souveräner Ausstrahlung von Vertrauen, Zuversicht und Kraft demonstriert hat, das hat kein vergleichbares Vorbild in der Gegenwart — ja nicht einmal in der für den Zeitgenossen erkennbaren Geschichte. Das Konzil der 2600 Kardinäle, Patriarchen, Erzbischöfe, Bischöfe und Ordensoberen hat mit einer eindrucksvollen Zeremonie begonnen, die dem sehr weitgesteckten Ziel der Kirchenversammlung gemäß ist. Die Beobachtergruppe aus den nicht-katholischen Kirchen, die das Fernsehen immer wieder ins Bild setzte, konnte gewiß nicht die Bedeutung widerspiegeln, die dem Zweiten Vatikanischen Konzil auch aus der nichtkatholischen Welt beizumessen ist. Die Beobachter mußten notwendig an den Rand eines Schauplatzes gedrängt erscheinen, auf dem sich nun für Monate die Nationen, Rassen und Staaten weltweit überwindende Führungsschicht der großen Kirche versammelt.

Auf das Wort des Papstes Johannes in dieser Stunde mußte man mehr gespannt sein als auf die vielen Diskussionen, Verlautbarungen und Programme, die durch die Welt gegangen waren, seit Papst Johannes XXIII. mit der „Eingebung“ von dem Konzil des 20. Jahr-

hunderts die Welt seinerzeit überrascht hatte. Klarer als vor Monaten wird jetzt das Ziel des Konzils. Die Optimisten mögen zunächst auf den kühnsten Versuch gehofft haben: Die christlichen Kirchen insgesamt in einer neuen Konzeption zu vereinen. Der Papst hat mit wenigen einfachen, aber sehr bestimmten Grundsätzen seinen Hirten und Oberhirten statt dessen die Route gezeichnet, „einen Schritt vorwärts“ zu tun. Johannes XXIII. sprach mehrfach von der Erneuerung, die das große Kirchenforum bewirken soll. Die Einheit der Menschenfamilie steht am Ende des großen Weges, zu dem er die Verantwortlichen in den Kirchen der Welt auffordert. Drei Einheiten aber stellen sich dem Papst vorher als drei jetzt zu bewältigende gleichwertige Aufgaben: Die Einheit der Katholiken unter sich, die Hoffnung auf Einheit mit den vom Papststuhl getrennten Kirchen und die Einheit mit den nichtchristlichen Religionen, die die Kirche in Wertschätzung und Ehrfurcht grüßen.

In dieser Papstbotschaft an das Konzil wird man keine Begrenzung der Aufgaben, wohl aber eine Bescheidung auf die der Kirche bei der Vereinigung des Menschengeschlechts notwendig vom Glauben her gesetzten Bemühungen zu sehen haben. Daß das Konzil keine Angelegenheit der kirchlichen Hierarchie, ja auch nicht einmal der katholischen Gläubigen

nur in aller Welt bleiben wird, das deutet schon der grandiose Auftakt an. Ein Wort von säkularer Zuversicht leitet den Papst. Er sieht für dieses Konzil eine nie vorher dagewesene Chance, mit seinen Ergebnissen über den kirchlichen Raum überall in die Welt hinauszustoßen.

## Nehru gibt Angriffsbefehl

Neu Delhi (ap). Die indische Armee hat Befehl erhalten, die chinesischen Truppen zu vertreiben, die im Nordostteil des Landes auf indisches Territorium vorgedrungen sind. Ministerpräsident Nehru gab dies gestern kurz vor einer Reise nach Ceylon bekannt.

Den Zeitpunkt für die Säuberungsaktion soll die Armeeführung bestimmen. Nehru sagte, in dem umstrittenen Gebiet werde zwar nicht andauernd gekämpft, die Anwesenheit der chinesischen Truppen sei aber eine ständige Bedrohung Indiens. Solange die Aggression andauere, gebe es kaum eine Chance für Gespräche zwischen den beiden Regierungen.

## Schwimmend in die Freiheit

Berlin (Eigener Bericht). Einer Gruppe von zwölf Flüchtlingen gelang es, von den sowjetzonalen Grenzwächtern unbemerkt, nach West-Berlin zu entkommen. Die Flüchtlinge durchschwammen in den Morgenstunden des 14. Oktober ein Grenzgewässer. Es waren acht Männer und vier Frauen. Zwei Männer hatten als Vorhut die Stacheldrahtzäune durchgeschnitten und den anderen den Weg gebahnt.

Wegen der niedrigen Wassertemperatur mußte der größte Teil der Flüchtlinge mit Unterkühlung in ein Krankenhaus eingeliefert werden. Es war die größte Gruppe, die seit Errichtung der kommunistischen Sperrmauer am 13. August 1961 schwimmend West-Berlin erreichte.

## Unruhen in der Sowjetunion

### Arbeiter demonstrierten in Rostow — Armee griff ein

Washington (dpa/upi). Im Gebiet von Rostow ist es nach Informationen, die dem US-Außenministerium vorliegen, im vergangenen Sommer zu Unruhen wegen Lebensmittelknappheit gekommen. Zentrum der Unruhen soll die Stadt Nowotscherkask, etwa 30 Kilometer nordöstlich von Rostow, gewesen sein.

Die Unruhen sollen ausgebrochen sein, als die Preise für Fleisch und Butter erhöht wurden und gleichzeitig eine Steigerung der Arbeitsnormen verlangt wurde. Wie es heißt, sollen vor allem junge Arbeiter und technische Studenten demonstriert haben.

Die dem US-Außenministerium vorliegenden Informationen werden dadurch erhärtet, daß Rostow im Juni zur Sperrzone erklärt wurde. Als Grund für die Sperre wurde damals eine Cholera-Epidemie angegeben. Schon damals wunderten sich westliche Beobachter in der Sowjetunion darüber, daß eine große Arbeitertagung in Rostow stattfand.

Einheiten der sowjetischen Armee wurden zur Wiederherstellung der Ordnung eingesetzt. Genaue Zahlen über die bei den Unruhen ums Leben gekommenen und Verletzten liegen nicht vor.

# Um die Einheit der Christenheit

## Die große Rede des Papstes zur Eröffnung des Konzils

Vatikanstadt (dpa/ap)

Als hauptsächliche Aufgabe des Zweiten Vatikanischen Konzils bezeichnete Papst Johannes XXIII. in seiner Rede bei der Eröffnung des Konzils im Petersdom die Verteidigung und Geltendmachung der Wahrheit. „Das, was das ökumenische Konzil am meisten angeht, ist folgendes: Daß das heilige Gut der christlichen Lehre bewahrt und in wirksamerer Form gelehrt werde.“

Breiteren Raum widmete der Papst auch der Einheit der Christenheit und der Menschheitsfamilie. Beide müßten wachsen, sagte er. Nach dem Plan Gottes, der wolle, daß alle Menschen gerettet werden, könnten diese „nicht ohne die Hilfe der ganzen offenbarten Wahrheit zu einer vollkommenen und festen Einheit kommen, mit der der wahre Friede und das ewige Heil nun einmal verbunden sind“. Leider habe die ganze Familie der Christenheit diese sichtbare Einheit in der Wahrheit noch nicht völlig erreicht.

Wenn man die Einheit, die Christus für seine Kirche erficht hat, näher betrachtet, dann scheine, wie Papst Johannes sagte, sie in einem dreifachen

Stahl himmlischen Lichtes zu leuchten:

▲ Die Einheit der Katholiken unter sich, die in vorbildlicher Weise auch in Zukunft erhalten werden muß;

▲ die Einheit des Gebetes und des brennenden Verlangens, mit dem die von diesem Apostolischen Stuhl getrennten Christen auf eine Vereinigung mit uns hoffen;

▲ schließlich die Einheit in der Wertschätzung und in der Ehrfurcht vor der katholischen Kirche von seiten derer, die nichtchristlichen Religionen angehören.

Nach einem Rückblick auf jene Aspekte der Kirchengeschichte, die zu besonderer Freude Anlaß bieten, sagte der

Papst, daß sich über die Geschichte von mehr als 19 Jahrhunderten auch eine Wolke von Trauer und Prüfungen breite. „Das große Problem, das sich vor der Welt erhebt, bleibt nach fast zwei Jahrtausenden unverändert. Christus steht immer leuchtend im Mittelpunkt der Geschichte und des Lebens. Die Menschen sind entweder mit ihm oder gegen ihn.“ Die ökumenischen Konzilien seien jedesmal eine feierliche Bestätigung der Einheit Christi und seiner Kirche.

Vom Licht dieses Konzils erleuchtet, werde die Kirche die Kraft neuer Energien schöpfen und unerschrocken in die Zukunft schauen, erklärte Papst Johannes. In diesem Zusammenhang kündigte er „angemessene Erneuerungen“ an. Die Umstände, unter denen das Konzil beginne, seien „glücklich“. Manche sähen in den modernen Zeiten nur Unrecht und Ruin. „Aber uns scheint, daß wir solchen Unglückspropheten widersprechen müssen“. Die Vorsehung sei dabei, „uns zu einer neuen Regelung menschlicher Beziehungen zu führen.“

Es fehle zwar nicht an falschen Lehren, an übermäßigem Vertrauen in den technischen Fortschritt und in das Glück, das sich einzig auf die Annehmlichkeiten des Lebens gründet. Doch neigten die Menschen selber immer mehr dazu, diese Dinge zu verurteilen. „Die Erfahrung hat sie gelehrt, daß Gewaltanwendung, Stärke der Waffen, politische Vormacht nicht zu einer glücklichen Lösung der schweren Probleme, die sie quälen, beitragen.“

Der Papst bekundete seinen „lebhaften Schmerz über die Tatsache, daß sehr viele Bischöfe ... fehlen, weil sie wegen ihrer Treue zu Christus im Gefängnis sind oder durch andere Hindernisse abgehalten werden“.

## Dibelius: Ein Skandal

Berlin (epd). Als einen „ökumenischen Skandal“ hat Bischof Dibelius die Tatsache bezeichnet, daß die evangelischen Bischöfe Hengstler (Polen), Vetö (Ungarn) und Katlovsky (Slowakei) mit Pankower Funktionären an die Mauer gegangen sind und sich positiv über die Sperrmaßnahmen geäußert haben.

## Home gegen Berlin-Kompromiß

### „Lösung darf kein Deckmantel für Auslieferung sein“

Llandudno (dpa/ap). Der britische Außenminister Home hat am 12. Oktober vor jeder Kompromißlösung in Berlin gewarnt, die nur ein Deckmantel für die Auslieferung der Stadt an die Kommunisten wäre.

Auf dem konservativen Parteitag sagte Home: „Die erste Gefahr ist, daß die sowjetische Regierung glauben könnte, wir würden zusehen, wie die zwei Millionen freien Menschen in das kommunistische Ostdeutschland absorbiert werden. Ich habe keinen Zweifel darüber gelassen, daß wir dies nicht zulassen können. Die zweite Gefahr ist, daß die Sowjets durch Verhandlungen erreichen wollen, was sie nicht mit Gewalt erlangen können. Wir können und dürfen keinen Kompromiß suchen, der nur ein Deckmantel für eine Auslieferung an die Kommunisten wäre. Ich habe Außenminister Gromyko gesagt, daß die westlichen Alliierten in

West-Berlin bleiben müssen als Treuhänder der Freiheit der Bevölkerung, solange die Sowjets den Menschen der Zone die Selbstbestimmung verweigern und solange sie der Bevölkerung der ganzen Stadt Berlin nicht erlauben, über ihre eigene Zukunft zu entscheiden.“

Der Westen müsse, fuhr Home fort, weiter geduldig nach einem Modus vivendi suchen. Er habe keinen Zweifel, daß ein Weg gefunden werde, der der Sowjetunion Sicherheit und der Welt Frieden gebe.

Die weltpolitischen Aussichten beurteilte Home im allgemeinen positiv. Als Pluspunkte nannte er das nukleare Gleichgewicht, die Unfähigkeit der Sowjets, die Völker an der Wahlurne zu gewinnen und die Tatsache, daß sie nicht einmal genügend Lebensmittel erzeugen können, was das Bild des Kommunismus als Allheilmittel stark beschädige.

## Bundestag: Ständige Viererkonferenz

### Nach der Debatte Entschließung zur Außenpolitik

Bonn (Eigenbericht/dpa/ap/upi). Eine ständige Vier-Mächte-Konferenz zur Lösung der deutschen Frage forderte der Bundestag am 12. Oktober in einer Entschließung zum Abschluß der zweitägigen Aussprache über die Innen- und Außenpolitik. In der außenpolitischen Debatte, bei der es zu lebhaften Auseinandersetzungen zwischen der Koalition und der Opposition kam, wies vor allem der CSU-Abgeordnete Guttenberg den Vorwurf der SPD, die Regierung sei außenpolitisch inaktiv geblieben, energisch zurück. Die Sprecher der Opposition hoben in ihren Ausführungen die Notwendigkeit einer gemeinsamen Außenpolitik hervor.

Der Berliner CDU-Abgeordnete Gradl übte in einer sachlich klaren Darstellung der Berlin-Situation Kritik an der Haltung des Regierenden Bürgermeisters und berief sich mit Nachdruck auf den Vier-Mächte-Status von Berlin, den er als das Fundament der westlichen Position in Berlin bezeichnete. Auch Adenauer griff in die Debatte ein.

Die Entschließung des Bundestages gliedert sich in einen außen- und innenpolitischen Teil. In der Außenpolitik wird die deutsch-französische Freundschaft „als wesentlicher Beitrag für ein geeintes Europa“ bezeichnet. Die Bundesregierung wird aufgefordert, bei den Verhandlungen über den Beitritt Großbritanniens zur EWG „eine für alle Beteiligten tragbare Lösung“ zu finden.

## Adenauer reist nach Washington

(Fortsetzung von Seite 1)

zur Verfügung stehenden Mitteln zu verteidigen,

● versicherte Verteidigungsminister McNamara erneut, daß die Verteidigung Europas und Nordamerikas unteilbar sei und die USA keine Veranlassung hätten, die sowjetischen „Raketenrafler“ zu fürchten,

● verabschiedete der Senat die Berlin-Resolution, in der Präsident Kennedy ermächtigt wird, die alliierten Rechte in Berlin mit allen Mitteln, notfalls auch mit Waffengewalt, zu verteidigen.

### Entschlossenheit betont

Diese Häufung ist nicht zufällig. In maßgeblichen Regierungskreisen Washingtons befürchtet man nämlich, daß der sowjetische Ministerpräsident Chruschtschow noch immer nicht von der Entschlossenheit der USA und ihrer Alliierten überzeugt ist, für ihre Rechte in Berlin zu kämpfen. Gerade weil alle Anzeichen dafür sprächen, daß Moskau die Berlin-Krise in nächster Zeit wieder „anheizen“ wolle, müsse dem Kreml klargemacht werden, daß die USA notfalls auch vor dem Einsatz von Kernwaffen nicht zurückschrecken würden.

Die gleichen Kreise bestätigen auch, daß die Ausarbeitung der westlichen Aktionspläne, die im Hinblick auf mögliche sowjetische Maßnahmen

## NATO jedem Angriff gewachsen

### Norstad spricht von „Vorwärts-Verteidigung“

Paris (dpa/ap). Der scheidende NATO-Oberbefehlshaber, General Norstad, erklärte in Paris, die atlantische Allianz sei jetzt umfassend in der Lage, einer sowjetischen Aggression Widerstand zu leisten. Zum erstenmal könne jetzt eine „Vorwärts“-Verteidigung geführt werden.

Die Organisation der atlantischen Allianz werde jetzt von den Regierungen der NATO-Mitgliedsländer geprüft. Die Frage „15 Finger am Abzug“ habe ihn nie sonderlich beeindruckt und sei niemals überzeugend gewesen. „Ich glaube, daß der Einfluß der 15 Mitgliedsländer gründlich ausgeübt werden kann und wird — gleichgültig in welcher Form“, sagte Norstad.

Der amerikanische Verteidigungsminister McNamara erklärte auf dem Jahreskongreß des Verbandes der amerikanischen Armee, die USA hätten

vorbereitet werden, schnell vorgehe. Hauptsächlich gehe es dabei um die Offenhaltung der Zugangswege zu Lande und in der Luft. Alle diese Fragen sollen in der kommenden Woche mit Bundesaußenminister Schröder besprochen werden.

### Die Zugangsrechte

Bei diesen Gesprächen dürfte dem deutschen Außenminister vermutlich erneut versichert werden, daß sich nach amerikanischer Auffassung die auf Viermächtevereinbarungen zurückgehenden alliierten Zugangsrechte sowohl auf den militärischen als auch den zivilen Verkehr von und nach West-Berlin erstrecken. Dabei spiele es keine Rolle, daß der militärische Verkehr zur Zeit von den Sowjets und der Zivilverkehr von sowjetzonalen Polizisten überwacht werde.

Die Besatzungsmächte haben nach amerikanischer Ansicht nicht nur das Recht, Truppen in Berlin zu stationieren, sondern auch die Pflicht, für die wirtschaftliche Gesundheit der Stadt und die Wohlfahrt ihrer Bewohner zu sorgen. Dazu aber gehöre der ständige Fluß von Waren und Gütern zwischen Berlin und der übrigen Welt.

angesichts ihrer Überlegenheit auf dem Gebiete der atomaren Rüstung keinerlei Grund, die sowjetischen „Raketenrasseler“ zu fürchten.

### Brandt an die Zone

Berlin (Eigener Bericht/dpa). Im Falle eines militärischen Konfliktes um Berlin darf die Bevölkerung der Sowjetzone nicht länger zur Duldung des Ulbricht-Regimes aufgerufen werden. Dies betonte der Regierende Bürgermeister Brandt am 14. Oktober in seiner regelmäßigen Rundfunksprache.

Bisher hätten wir unseren Landsleuten geraten, starke Nerven zu behalten und sich nicht zu Verzweiflungstaten hinreißen zu lassen. Brandt fuhr jedoch fort: „Im Falle eines militärischen Angriffs auf Berlin könnten wir einen solchen Rat nicht mehr geben.“